

Koalitionsvereinbarung

Nachdem der Kreisverbandsausschuss der CDU Main-Kinzig am 07. Mai 2006 das Ergebnis der Verhandlungen zwischen CDU und SPD zur Bildung einer Koalition im Main-Kinzig-Kreis für die Wahlperiode 2006 bis 2011 gebilligt hat und der Parteitag der SPD Main-Kinzig am 14. Mai 2006 ebenfalls das Ergebnis gebilligt hat, unterzeichnen nun formell der Vorsitzende der SPD Main-Kinzig, der Vorsitzende der CDU Main-Kinzig und der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion sowie der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit Erstem Kreisbeigeordneten und Kreisbeigeordneten des Main-Kinzig-Kreises den in der Anlage beigefügten, aus der Präambel und den Eckpunkten einschließlich der weiteren Vereinbarungen bestehenden Koalitionsvertrag.

Tom Zeller
CDU-Vorsitzender

Heinz Lotz
SPD-Vorsitzender

Dr. Rolf Müller
CDU-Fraktionsvorsitzender

Rainer Krätschmer
SPD-Fraktionsvorsitzender

Günter Frenz
Erster Kreisbeigeordneter

André Kavai
Kreisbeigeordneter

Koalitionsvertrag

zwischen der

**Christlich Demokratischen Union.
Kreisverband Main-Kinzig**

und der

**Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Unterbezirk Main-Kinzig**

für die Wahlperiode 2006-2011

des Kreistages des Main-Kinzig-Kreises

Präambel

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreises vereinbaren CDU-Kreisverband Main-Kinzig und SPD-Unterbezirk Main-Kinzig die Weiterführung der seit 1993 praktizierten vertrauensvollen Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2006 bis 2011. Die beiden Partner werden im Rahmen einer Koalition die Kommunalpolitik des Main-Kinzig-Kreises gemeinsam gestalten.

Die zum Zeitpunkt der Vereinbarung erkennbaren Arbeitsschwerpunkte und Themengebiete sind in den nachfolgenden Eckpunkten der Koalition von CDU und SPD für die Jahre 2006-2011 niedergelegt. Grundlage für die künftige Zusammenarbeit sind zudem die Koalitionsvereinbarungen von 1993, 1997 und 2001 zwischen SPD und CDU. Die darin vereinbarten Projekte und Ziele, die noch nicht verwirklicht werden konnten, sollen weiterhin verfolgt werden. Ebenso richten sich anstehende Entscheidungen nach in den vergangenen 13 Jahren gemeinsam erfolgten Beschlüssen im Kreistag, auch wenn diese in manchen Fällen Kompromisse sind, die in den Verhandlungen erzielt wurden und von den Programmen der beiden Partner abgewichen sind.

Beide Partner werden die Umsetzung der Eckpunkte in gemeinsamer Verantwortung für die Einwohner des Kreises betreiben. Insbesondere gilt es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und deren Zukunft, eine weitere Stärkung des Main-Kinzig-Kreises in der Region Frankfurt/Rhein-Main zu erreichen und auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung zukunftsgerichtete Antworten mit den gestalterischen Möglichkeiten kommunaler Politik auf der Ebene unseres Landkreises zu geben.

Darüber hinaus sind sich beide Partner einig, dass über den heutigen Sachstand hinausgehende Erkenntnisse und Entwicklungen neue Entscheidungen erforderlich machen können, welche einvernehmlich in vertrauensvoller Zusammenarbeit getroffen werden sollen. Beide Partner erzielen darüber hinaus Einvernehmen, dass sich die Arbeit in den Kreisgremien auf die für den Main-Kinzig-Kreis wichtigen Themen konzentrieren soll und eine Darstellung politischer Standpunkte auf den überörtlichen Ebenen der Landes- und Bundespolitik nach Möglichkeit zu vermeiden ist.

Dies alles geschieht auf Basis aller für die gesamte Wahlperiode 2006-2011 gemeinsam zu verabschiedenden Haushalte.

Finanzwirksame Anträge werden nur in gegenseitigem Einvernehmen gestellt. Weiterhin vereinbaren die Partner, dass im Falle einer notwendigen Wahl aufgrund eines vorzeitigen, derzeit nicht vorhersehbaren Endes der jeweils regulären Amtszeit des Ersten Kreisbeigeordneten oder weiteren Kreisbeigeordneten diese auf Grundlage des jeweiligen Vorschlags eines der Partner innerhalb der Wahlperiode 2006-2011 durchgeführt wird.

Eckpunkte für die Arbeit der Koalition von CDU und SPD im Main-Kinzig-Kreis in den Jahren 2006 bis 2011

Schulpolitik

- Erhalt des bestehenden Schulangebotes im Main-Kinzig-Kreis und Fortführung der Schulentwicklung auf Basis der vom Kreistag gefassten Beschlüsse in Folge der Koalitionsvereinbarung von 2001 sowie der jeweiligen Schulbauprogramme
- Kurze Beine - kurze Wege: Für unsere jüngsten Schüler wollen wir die wohnortnahen Grundschulen unterstützen.
- Die Koalitionspartner setzen sich für ein umfassendes ganztägiges Unterrichtskonzept für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ein und werden neben den bereits genehmigten und im Ausbau befindlichen Zentren für Ganztagsangebote diese auch an anderen Schulstandorten weiterentwickeln.
- Innerhalb der finanziellen Leistungsfähigkeit des Main-Kinzig-Kreises werden Schulen, Elterninitiativen sowie Städte und Gemeinden für Betreuungsangebote an Grundschulen unterstützt.
- Die Koalitionspartner stellen sich gegen eine Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung. Die bestehenden Umstrukturierungsmaßnahmen sind davon unberührt.
- Die Schulsozialarbeit soll in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden etabliert und paritätisch finanziert werden.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Vorklassen, Sprachheilklassen und Erziehungshilfeklassen.

Berufliche Bildung

- Die Koalitionspartner unterstützen die Bemühungen der Kreisverwaltung, Ausbildungsplätze in der Verwaltung, in den Gesellschaften und Eigenbetrieben des Kreises sowie in den Sparkassen zur Verfügung zu stellen.
- Zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Berufsschulen im Main-Kinzig-Kreis einschließlich erneuter Prüfung der Erweiterung des bestehenden Zweckverbands.
- Wir setzen uns für die Etablierung einer Fachhochschule in Hanau ein.

Familien- und Sozialpolitik

- Die Koalitionspartner setzen sich für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und anderen Lebensbereichen durch die Unterstützung kinder- und familienfreundlicher Angebote in den Städten und Gemeinden (z.B. Spielplätze, Angebote für Jugendliche, Vereinsförderung) und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Betreuungsangeboten wie Tagesmütterbetreuung, Krippenplätze, Kindergärten und Horte ein.
- Förderung und Unterstützung von Familien bei der Schulbildung der Kinder bzw. bei der Verbesserung des Bildungszugangs von Kindern aus sozial schwächeren Familien.
- Enge Zusammenarbeit und Koordination mit allen Verbänden, Trägern und Verantwortlichen mit dem Ziel, Lebensbedingungen für Kinder und Familien zu verbessern.
- Sicherstellung der Zuschüsse für die Frauenhäuser Hanau und Wächtersbach, die Beratungsstelle für Opfer von sexuellem Missbrauch „Lawine“ und andere Frauenprojekte im Main-Kinzig-Kreis.
- Unterstützung von Präventions- und Selbsthilfegruppen.
- Unterstützung der Arbeit des Behindertenrates.
- Unterstützung bei der Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum für behinderte Menschen und einem verstärkten Angebot von Kurzzeitpflegeplätzen.
- Weitere Förderung der Einrichtungen für Behinderte und Unterstützung der Trägervereine und –verbände.
- Förderung von Pflegeeltern im Rahmen eines neuen, abgestimmten und fachlichen Konzepts sowie Stärkung des Pflegekinderdienstes vor dem Hintergrund der weiteren Integration der ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Initiativen in einem für die Kinder wohnortnahen Umfeld.

Altenhilfe und Seniorenpolitik

- Der steigende Anteil der älteren Bevölkerung soll in den kommunalen Planungen stärker berücksichtigt werden. Wir wollen die möglichst lange Selbständigkeit der Senioren unterstützen und darüber hinaus eine ausreichende Zahl von Plätzen in Wohn- und Pflegeheimen durch private Träger und unsere eigenen Einrichtungen sicherstellen. Dazu wollen wir das gerade in eine wettbewerbsfähige gGmbH umgewandelte Unternehmen der

Alten- und Pflegezentren des MKK zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb mit umfassendem Angebot ausbauen.

- Erhalt der Altenpflegeausbildung in der Altenpflegeschule des Eigenbetriebs Alten- und Pflegezentren in Rodenbach.

Kinder- und Jugendpolitik unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“

- Beibehaltung präventiver und familienergänzender Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe.
- Zusammenarbeit mit freien Trägern im Rahmen von Leistungen der Jugendhilfe.
- Weitere Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit in den Vereinen im Main-Kinzig-Kreis.

Finanzen und Verwaltung

- Wir werden auch in den kommenden 5 Jahren den Weg der Haushaltskonsolidierung fortsetzen.
- Wir werden die vorhandenen Mittel auch künftig nutzen, um als Schwerpunkte die Bereiche Arbeit, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung zu fördern. Gleichfalls werden wir unsere Investitionen in Umwelt und Verkehr fortsetzen.
- Der Main-Kinzig-Kreis behält die Trägerschaft bei den Sparkassen Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern.

Zukunftsgebiet in der Region Frankfurt/Rhein Main

Wirtschaft, Beschäftigung, Energie, Verkehr und Tourismus

- Wir setzen uns auf regionaler sowie auf Landes- und Bundesebene für die Schaffung und den Erhalt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, die den in der Region ansässigen Unternehmen Sicherheit und neue günstige Entwicklungschancen geben.
- Für mehr Beschäftigung und eine weitere Steigerung als attraktiver Wirtschaftsstandort setzt der Main-Kinzig-Kreis auf freiwillige Kooperationen und Zusammenarbeit mit Landkreisen und kreisfreien Städten in der Region Frankfurt/Rhein-Main. Generell gilt: Freiwillige Zusammenarbeit aller Kommunen in der Region ist zu befürworten, Zwangsverbände werden abgelehnt.

- Die Stärke des Main-Kinzig Kreises und die Basis für seine dynamische Entwicklung liegt in der Vielfalt der Wirtschaftsstruktur des Kreises und in seinem ausgeprägten Branchenmix.

Die Koalition bekennt sich zu der Arbeit des Referates Wirtschaft und Arbeit, welches durch intensive Existenzgründungsberatung, Unternehmenskontakte zur Synergiebündelung und ein intelligentes Management von Gewerbeflächen den Main-Kinzig-Kreis weiterhin als attraktiven Wirtschaftsstandort vermarktet.

Vor allem die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft im Kreis steht hier im Vordergrund und soll mit flankierenden Aktionen zur Wettbewerbsfähigkeit begleitet werden.

Arbeitsmarktpolitik:

- Die Koalitionspartner bekennen sich zur aktiven Gestaltung des Optionsmodells im Main-Kinzig-Kreis, da die bisherige erfolgreiche Arbeit gezeigt hat, dass dieses Modell nicht nur im Main-Kinzig-Kreis erfolgreich ist.
- Die Koalitionspartner bekennen sich ausdrücklich zur Aufgabenträgerschaft des SGB II und fordern den Gesetzgeber auf, diese Trägerschaft verbindlich und nicht nur im Rahmen des Optionsmodells zu einer dauerhaften Aufgabenstellung der Kommunen werden zu lassen.
- Die Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises verfügen über hervorragende Voraussetzungen der Infrastruktur und großzügige Flächenpotentiale zur Ansiedlung von neuen Betrieben und den damit verbundenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen.
- Die Koalition tritt für den Erhalt der kreiseigenen bzw. kreisbeteiligten Versorgungsunternehmen in der Verantwortung des Main-Kinzig-Kreises ein.
- Aufträge des Main-Kinzig-Kreises sollen nur an Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten, vergeben werden.
- Der Main-Kinzig-Kreis zählt zu den wichtigsten Tourismusregionen in Hessen. Die beiden Koalitionspartner bekennen sich im Referat Tourismus und Marketing zu einer intensiven Tourismuswerbung zwischen Spessart, Kinzigtal und Vogelsberg (Main-Kinzig-Kreis), die auf den Säulen Gesundheit, Erholung und Sport sowie dem kultur-, gesellschafts- und wirtschaftsorientierten Tourismus basiert.

Wichtigste Aufgabe bleibt die Bündelung aller Tourismusleistungen zu einem erfolgreichen Gesamtkonzept, das auch in die überregionale Tourismuswerbung (Region Frankfurt/Rhein-Main/Hessenagentur etc.) einfließt.

Gemeinsame Bindeglieder sind vor allem die Imagebroschüre, das Gastgeberverzeichnis, die Pauschalangebote, der Veranstaltungskalender und der Internetauftritt.

Darüber hinaus beinhaltet die Tourismuswerbung eine intensive Produktvermarktung, die in den vergangenen Jahren unter einer eigenen Dachmarke erfolgreich angelaufen ist.

- Der Ausbau der Niddertalbahn wird weiter angestrebt. Die Nordmainische S-Bahn bis Hanau ist gemäß der aktuellen Nutzen-Kosten-Untersuchung gemeinsam mit dem Land Hessen und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund zügig zu realisieren. Das vom Rhein-Main-Verkehrsverbund im regionalen Nahverkehrsplan vorgesehene RE-X-Konzept ist vom Kreistag des Main-Kinzig-Kreises bestätigt worden und soll ebenfalls zügig umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Erweiterung der Schienenkapazität Hanau-Fulda notwendig. Weiterentwicklung des ÖPNV gemäß dem Nahverkehrsplan und angemessene Bereitstellung von Finanzmitteln für Verkehrsverbesserungen.
- Unterstützung der Gemeinden bei der Planung und Genehmigung von Ortsumgehungen.
- Instandhaltung, Ergänzung und Erneuerung des Straßennetzes einschließlich des Ziels der innerörtlichen Verkehrsentlastung sowie Instandsetzung und Bau bzw. die Vernetzung von örtlichen und überörtlichen Radwegen.
- Mit den geforderten Lückenschlüssen der A66 nach Frankfurt und Fulda wird der Main-Kinzig-Kreis eine exzellente Lage in ganz Deutschland und Europa haben und über eine hervorragende Anbindung an das Zentrum der Region Frankfurt/Rhein Main verfügen.
- Der Ausbau des Flughafens Frankfurt wird im Rahmen der Ergebnisse der Mediationsrunde und bei Erfüllung der Forderungen des Main-Kinzig-Kreises bezüglich möglicher Lärmreduzierung unter anderem durch die Einführung des CDA Verfahrens (Continuous-Decent-Approach) und passiver Lärmschutzmaßnahmen unterstützt.

Den demografischen Wandel bewältigen

- Der demografische Wandel verändert dramatisch das Gesicht unserer Gesellschaft.
Die Bevölkerung nimmt ab, wird älter, internationaler und bunter. Die Auswirkungen des erheblichen Geburtendefizits und der Alterung der Gesellschaft machen auch vor dem Main-Kinzig-Kreis nicht Halt und erfordern zukunftsgerichtetes, politisches Handeln und eine große gesellschaftliche Integrationsanstrengung.
- Der Main-Kinzig-Kreis muss die für einen mittelfristigen Zeitraum bestehenden Vorteile als expansionsfähiger Wirtschaftsraum und somit attraktives Zuzugsgebiet für junge Familien nutzen.
- Als eine Grundlage sollte eine Bevölkerungs- und Altersprognose für den Main-Kinzig-Kreis dabei vor allem für finanzwirksame Entscheidungen dienen. Die Auswirkungen auf spätere Generationen sind bei weitreichenden Entscheidungen des Kreises darzustellen und zu berücksichtigen, um einen Interessen- und Generationenausgleich zu bewerkstelligen.

Bürgergesellschaft, Ehrenamtliches Engagement und Kulturpolitik

- Die Koalition begrüßt ehrenamtliches Engagement im Main-Kinzig-Kreis. Als Anerkennung dieses Engagements wird gemeinsam mit dem Land Hessen die Ehrenamts-Card ausgegeben. Darüber hinaus wird die Ehrenamtsagentur des Main-Kinzig-Kreises, wie in anderen Städten und Landkreisen, zum Forum für alle ehrenamtlich Tätigen weiterentwickelt.
- Im Main-Kinzig-Kreis wird das ehrenamtliche Engagement als Grundlage guter sozialer Strukturen weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten nach Kräften gefördert. Im sozialen, kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Leben soll das bürgerschaftliche Engagement von Personen, Vereinen und Verbänden für das Allgemeinwohl gestärkt und unterstützt werden. Dazu dient auch die Umsetzung der Ehrenamts-Card des Landes Hessen im Main-Kinzig-Kreis.
- Die ehrenamtliche Arbeit in den rund 3000 Vereinen im Main-Kinzig-Kreis wird generell unterstützt und gefördert.
- Förderung und Unterstützung von lokalen Kunst- und Kulturinitiativen, von Künstlerinnen und Künstlern und die weitere Etablierung sowie Ausbau des Kultursommers im Main-Kinzig-Kreis. Der Kulturpreis des Main-Kinzig-Kreises

dient der Auszeichnung der Arbeit lokal ansässiger Künstlerinnen und Künstler.

- Es wird geprüft, ob das regionale Lernzentrum in Gelnhausen von der zentralen Orientierung in eine kreisweite Flächenstruktur umgewandelt werden kann. Die Angebote der VHS sollen für die Menschen leicht und schnell erreichbar sein.
- Die kostenlose Nutzung der Sporthallen durch die Vereine soll auch für die Zukunft erhalten werden.
- Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus mit dem Schwerpunkt ökologischer Verbesserungen, besondere Förderung in Eigenhilfe erbrachter Bauleistungen.
- Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes.

Umwelt- und Naturschutz

Die Koalition bekennt sich in Umwelt- und Naturschutzfragen

- zum umfangreichen Arten- und Biotopschutz.
- zu dem Erhalt und dem Ausbau von Streuobstwiesen.
- zu dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung unter Nutzung der heimischen Ressourcen. Gerade die Nutzung von Bioenergie bietet vielfältige Möglichkeiten für eine umweltschonende und CO₂-neutrale Energiegewinnung und der heimischen Land- und Forstwirtschaft neue Betätigungs- und Absatzmöglichkeiten.
- einem sinnvollen Energiemix aus konventionellen Energieträgern und erneuerbaren Energien und Bioenergie.
- auch weiterhin zu sauberem, schadstofffreiem Grundwasser und zur Begrenzung der Wasserentnahmen aus Vogelsberg und Spessart.
- zur Unterstützung der Landwirtschaft.
- zur Weiterführung des Beratungsprojekts Grundwasserschutz im MKK.
- zur Förderung der Sensibilisierung von Kindern und jungen Menschen für unsere Natur und Umwelt durch wald- und umweltpädagogische Ansätze in den Kindertagesstätten und Schulen. Dazu gehört auch die Unterstützung des MKK beim Anlegen von Schulgärten.

Gesundheitsversorgung wohnortnah sicherstellen

- Die Koalitionspartner bekennen sich zur Fortsetzung der medizinisch und wirtschaftlich erfolgreichen Weiterentwicklung der Main-Kinzig-Kliniken gGmbH. Sie werden gemeinsam dafür eintreten, dass die Main-Kinzig-Kliniken gGmbH als Gesundheitszentrum auch in Zeiten immer neuer Reformen des Gesundheitswesens wohnortnah für die Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreises zur Verfügung stehen.
- Mit den Kliniken der Städte Hanau und Fulda sowie den umliegenden Regionen ist die vorhandene Zusammenarbeit weiter fortzusetzen und im Sinne der medizinischen Komplettversorgung zu intensivieren.
- Die Gesundheitsstandorte Bad Orb und Bad Soden-Salmünster stellen mit der medizinischen Vor- und Nachsorge das hervorragende, komplette Gesundheitsangebot im Main-Kinzig-Kreis sicher. Die Koalition wird sich für eine noch bessere Vernetzung im Sinne der Gesundheit der Bürger und für eine weitere Steigerung der Attraktivität durch eine Einbeziehung des Tourismus mit den Bereichen Wellness und Fitnessurlaub einsetzen.
- Dem Gesundheitsamt kommt mit seinen vielfältigen Aufgabenbereichen eine Schlüsselrolle in der allgemeinen Gesundheitsfürsorge zu. Neben den Kernaufgaben sind in den kommenden Jahren Prävention und Aufklärung in den einzelnen Gesundheitsbereichen weiterzuentwickeln. Eine ausführliche Dokumentation in der Berichterstattung stellt die Fürsorgepflicht für unsere Bürgerinnen und Bürger sicher.

Weitere Vereinbarungen:

- 1) Die Koalitionspartner stimmen einem Antrag auf Reduzierung der Anzahl der ehrenamtlichen Kreisausschussmitglieder auf 13 zu.
- 2) Die Zahl der Kreistagsausschüsse beträgt 6.
- 3) Folgende Kreistagsausschüsse werden gebildet und der Vorsitz wie folgt besetzt:

Haupt- und Finanzausschuss	SPD
Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Partnerschaften	CDU
Soziales und Familie	SPD
Umwelt und ländlicher Raum	SPD
Ausschuss für Struktur, Bau, Wirtschaft und Verkehr	CDU
Regionalentwicklung und Demografie	CDU

- 4) Die Zahl Mitglieder der Kreistagsausschüsse beträgt 12, der entsprechende Antrag wird von den Koalitionspartnern unterstützt.
- 5) Die Koalitionspartner vereinbaren die Wahl eines Integrationsbeauftragten. § 4a der Hauptsatzung des Main-Kinzig-Kreises (bisheriger Ausländerbeauftragter) wird entsprechend geändert. Der CDU steht das Recht der Besetzung des Integrationsbeauftragten zu, der Bürgerbeauftragte wird auf Vorschlag der SPD gewählt.
- 6) Die Besetzung des zweiten Mitglieds im Rat der Regionen gem. § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main erfolgt auf Vorschlag der CDU.